

Protokoll

der Sitzung vom **11.11.2014**
des **Studentischen Konvents**
der Julius-Maximilians-Universität Würzburg



Vorsitz: Daniel Janke
Stellv. Vorsitz: Christina Hempfling
Protokoll: Andreas Rosenberger

Anwesend:

BENDOKAT, Thomas	HEMMERICH, Stephan	OTTO, Christian
BOLL, Jonas	HEMPFLING, Christina	REINSBERG, Friederike
BOTT, Wulf	JANKE, Daniel	RIEFER, Jarno
BRIEM, Vincent	KECKE, Lisa	SCHNEIDER, Daniel
BRÜCK, Bernhard	KISSNER, Maximilian	SCHÜLER, Nathalie
CHAVES, Alexander	KOPP, Dennis	STIMMER, Magdalena
ENGERT, Markus	LANGNER, Julia	THEUER, Andy
FRANK, Markus	LÖFFLER, Andre	TREIBER, Katharina
GEIGER, Sebastian	MARKOVIC, Vladimir	WEINGÄRTNER, Hendrik
HAINTHALER, Claudia	MÜLLER, Tobias	WELSCH, Benedikt
HEINRICHS, Margarete	OLSZOK, Anthony	WOLL, Eva

Abwesend:

MAY, Victoria (Stimmrechtsübertragung auf Daniel Janke)
NEUKAMM, Nora (Stimmrechtsübertragung auf Friederike Reinsberg)
RUCKDESCHEL, Anna
REHN, Lisa (Stimmrechtsübertragung auf Jonas Boll)
SCHWARZ, Christopher

Datum: 11.11.2014
Beginn: 20:10 Uhr
Ende: 02:23 Uhr
Ort: Festsaal über der Bourse
Am Studentenhaus
97072 Würzburg

Tagesordnung

TOP 1 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin.....	4
TOP 2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit.....	4
TOP 3 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzungen.....	4
TOP 4 Genehmigung der Tagesordnung.....	4
TOP 5 Wahlen der studentischen Vertreter*innen in den universitären Gremien	5
TOP 6 Wahl der Ausschüsse des Studentischen Konvents.....	5
TOP 7 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents	6
TOP 8 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat, seinen Arbeitskreisen und den Referaten.....	8
TOP 9 Anträge.....	10
TOP 10 Sonstiges.....	30

TOP 1 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin

Andreas Rosenberger übernimmt als ständiger Protokollant das Protokoll.

TOP 2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Es sind 33 Mitglieder des Studentischen Konvents anwesend. Außerdem liegen 4 Stimmrechtsübertragungen vor. Die Stimmrechtsübertragung von Stephan Hemmerich auf Alexander Chaves ist auf Grund der Anwesenheit von Stephan Hemmerich ungültig. Stephan Hemmerich nimmt sein Stimmrecht wahr. Somit sind 33 Mitglieder anwesend und es liegen 3 Stimmrechtsübertragungen vor. Damit ist der Studentische Konvent mit 36 Stimmberechtigten beschlussfähig.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzungen

Das Protokoll der Sitzung vom 15.10.2014 wird mit den eingereichten Änderungen einstimmig genehmigt.

Daniel Janke erklärt, dass auf Grund der ungültigen Stimmrechtsübertragung von Stephan Hemmerich auf Alexanders Chaves die Wahlen rechtsfehlerhaft aber noch gültig seien.

TOP 4 Genehmigung der Tagesordnung

Christian Otto beantragt, dass der Punkt 7 vor den TOP 5 gezogen wird. Dagegen gibt es keine Gegenrede. Die neue Tagesordnung lautet also wie folgt:

TOP 1 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin

TOP 2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

TOP 3 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

TOP 4 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 5 Wahlen der studentischen Vertreter*innen in den universitätren Gremien

TOP 6 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents

TOP 7 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat, seinen Arbeitskreisen und den Referaten

TOP 8 Anträge

TOP 9 Sonstiges

TOP 5 Wahlen der studentischen Vertreter*innen in den universitären Gremien

Auf Nachfrage von Stephan Hemmerich erklärt Daniel Janke, dass die in der letzten Sitzung gewählten Stellvertreter*innen nun automatisch in das Gremium aufgenommen sind. Nun wird die Stellvertretung gewählt.

Sebastian Geiger und Hoang Bui stellen sich als Wahlhelfer zur Verfügung.

a) Wahl der Stellvertretung in die HIS-AG

Folgende Personen sind vorgeschlagen:

- Frank Alig (in Abwesenheit)
- Markus Hein

Markus Hein stellt sich kurz vor. Daniel Janke stellt Frank Alig kurz vor. Es gibt keine Fragen an die Kandidaten.

	1. Wahlgang
Frank Alig	10
Markus Hein	23
Enthaltung	2
Ungültig	1

Damit ist Markus Hein gewählt. Er nimmt die Wahl an.

b) Wahl der Stellvertretung in die AG Audit Internationalisierung

Markus Frank erklärt, dass diese Wahl nicht von Nöten sei, da der gewählte Stellvertreter ständiges Gastrecht hat. Damit entfällt dieser Punkt.

TOP 6 Wahl der Ausschüsse des Studentischen Konvents

a) Wahl des Ausschusses „Nutzungsrechte“

Daniel Janke schlägt vor, 6 Personen in diesen Ausschuss zu wählen. Dagegen gibt es keine Widerrede.

Folgende Personen sind vorgeschlagen:

- Christina Hempfling
- Michael Überschär
- Hauke Thorenz
- Samantha Straka
- Nicholas Maltry
- Felix Käfer

Christina Hempfling schlägt vor, per Akklamation zu wählen. Dagegen gibt es keine Widerrede.

Abstimmung:

Ja 36
Nein 0
Enthaltungen 0

Damit sind die sechs vorgeschlagenen Personen einstimmig gewählt.

b) Wahl des Ausschusses „Student's House“

Daniel Janke schlägt vor, 5 Personen in diesen Ausschuss zu wählen. Dagegen gibt es keine Widerrede.

Folgende Personen sind vorgeschlagen:

- Annika Enßler
- Carolin Haver
- Dennis Kopp
- Isabelle Schön
- Michael Kick

Die Kandidat*innen stellen sich kurz vor. Es gibt keine Fragen an die Kandidat*innen.

Daniel Janke schlägt vor, per Akklamation zu wählen. Dagegen gibt es keine Widerrede.

Abstimmung:

Ja 36
Nein 0
Enthaltungen 0

Damit sind die sechs vorgeschlagenen Personen einstimmig gewählt.

TOP 7 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents

Fachschaftenrat:

Christian Otto berichtet von der Sitzung am letzten Mittwoch. Für die nächste Sitzung am 17.12.2014 wurde das Referat Internationales eingeladen.

Präsidialkommission für Qualität in Studium und Lehre:

Daniel Janke berichtet, dass die Evaluation, sowohl in Papierform als auch online und vor allem ganze Studienfachevaluationen, Thema war. Vor allem bei Letzterem gab es Bedenken bezüglich des Datenschutzes. Hier konnte erwirkt

werden, dass bei prekären Fragen immer die Möglichkeit „keine Angabe“ angekreuzt werden kann.

Das zweite große Thema war der Studienfachaudit incl. der „Beschwerdekommision“.

Das Studienfach Chemie wurde als "Testfach" für das Qualitätssicherungssystem der Uni ausgewählt.

Die Arbeitsgruppe „Berichte“ wurde bis auf Weiteres eingestellt.

UB-Kommission:

Daniel Janke erklärt, dass Open-Access-Publikationen besprochen wurden, da diese von der DFG gefördert werden.

Außerdem wurde hier ein Antrag an UniBayern e.V. formuliert, der beinhaltet, dass Open-Access-Publikationen vom Land gefördert werden sollen.

Über den neuen Uni-Verlag wurden schon Schriftstücke veröffentlicht. Außerdem wurde über die Finanzierung dieses Verlags gesprochen.

Weiter erklärt Daniel Janke, dass auf Grund des kommenden Mindestlohnes die Öffnungszeiten verkürzt werden müssen. Dies bezieht sich vor Allem auf die vorlesungsfreie Zeit sowie die Öffnungszeiten der Teilbibliotheken.

Verschiedene Mitglieder des Studentischen Konvents erklären, dass manche Teilbibliotheken vor allem in der vorlesungsfreien Zeit genutzt werden. Daniel Janke meint, dass er dieses Thema erneut ansprechen möchte.

Die Arbeitszeiten sollen wohl vor allem an den Revisionsarbeiten abgezogen werden. Da dies aber nicht mehr ausreicht, sollen die Öffnungszeiten gekürzt werden.

Aus einem BMBF-Projekt wurden von der Universitätsleitung neue Räume eingerichtet.

Außerdem wurde der Literaturretat besprochen. Hier wurde festgestellt, dass die Erhöhungen nicht ausreichen, um die Preissteigerungen der Medien zu kompensieren. Daher müssen teilweise Zeitschriften abbestellt werden.

AG Audit Internationalisierung:

Markus Frank berichtet aus der ersten Sitzung. Hier wurde erreicht, dass der Ersatzvertreter in die Sitzungen mitkommen kann. Weiteres folgt im nächsten Treffen der AG.

CMS-Projektgruppe:

Das Thema „Übersetzung“ wurde besprochen. Dabei ging es vor allem um die Vereinheitlichung verschiedener Begriffe oder Floskeln in universitären Schriftstücken (FSB, etc.).

Außerdem wurde die Weiterentwicklung des neuen Online-Systems vorgestellt.

Senat:

Sebastian Geiger weist auf das hochschulöffentliche Protokoll der Senatssitzung hin.

Ausschuss Nutzungsrechte:

Das fast fertige Dokument, welches der Ausschuss ausgearbeitet hat, wurde an das Servicezentrum für Forschung und Technologietransfer der Universität geschickt. Das Servicezentrum lässt das Dokument rechtlich prüfen. Danach soll es im Konvent abgestimmt werden.

TOP 8 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat, seinen Arbeitskreisen und den Referaten

Treffen mit der Unileitung:

Agnes Lasser berichtet. Das Problem der Anglistik bzgl. der Platzvergabe in Veranstaltungen wurde thematisiert. Hier wurde von Seiten der Unileitung die öffentlichen Berichte moniert.

Außerdem wurde das Anstellungsverhältnis von HiWis erneut angesprochen. Diese sind über das Wissenschaftszeitvertragsgesetz angestellt. Daraus resultiert unter anderem das Problem für Studierende mit einem ersten akademischen Abschluss, dass die Arbeitszeit, die über 42,5 Stunden/Monat geht, auf die Promotionszeit angerechnet wird. Der SSR versucht herauszufinden, wie viele Studierende hiervon betroffen sind.

Claudia Hainthaler fragt, woher die 42,5 Stunden/Monat kämen, da dies nicht explizit in einem Gesetz zu finden ist. Der SSR wird die Frage verfolgen.

Markus Frank fragt, was mit Verträgen ist, die über die Jahresgrenze 2014/15 gehen. Agnes Lasser erklärt dazu, dass dieser Fall eigentlich nicht eintreten dürfe. Sollte es dennoch der Fall sein, dann muss der Lohn ab Januar 2015 8,50€ betragen.

Die Anfrage der Universitätsleitung an das Ministerium bzgl. der finanziellen Unterstützung der Universitäten sieht die Unileitung durch die Pressemitteilung des Ministeriums als beantwortet.

In dem Neubau der Mensa ist laut dem Kanzler kein Raum für die Studierendenvertretung vorgesehen. Da die Räume aber noch nicht vergeben sind, muss dieser Punkt immer wieder thematisiert werden.

Die Konventsbeschlüsse zu den GO-Änderungen wurden angesprochen. Der Kanzler erklärte hierzu, dass der Konventsvorsitz dieses Thema ansprechen müsse. Dennoch äußerte er sich dazu wie folgt: Eine Grundordnungsänderung stehe aktuell nicht an, sie können aber jederzeit angebracht werden. Außerdem erklärte er, dass die vorgeschlagenen Änderungen nicht von der Uni selbst beschlossen würden, das müsse über das Ministerium laufen. Er hält unsere Vorschläge auf Grund des Aufwands nicht für sinnvoll.

Daniel Janke berichtet dazu, dass in einem Gespräch mit dem Kanzler herauskam, dass keine GO-Änderung anstünde. Der Kanzler äußerte die Ansicht, dass die Mitglieder des Studentischen Konvents von den Antragssteller*innen des GO-Änderungsantrags falsche Informationen erhalten haben. Diese verteidigten sich und meinten, dass sie auch nur mit den Informationen arbeiten könnten, die ihnen zur Verfügung stünden. Es gehe vor allem darum, dass die Beschlüsse vom Konvent getroffen werden, egal ob es zeitlich knapp sei oder nicht. Sebastian Geiger unterstreicht diese Meinung.

Markus Frank moniert, dass die drängende Zeit als Argument, vor allem bei dem Antrag „Studierendenplebiszit“ angebracht wurde.

Robin Schulz erklärt außerdem, dass der Präsident den Anschein hatte, dass die Hochschulgruppe „Fachschaftsmitglieder – Erfahrung wählen“ eine Fachschaft sei und bittet, hier ordentlich zu trennen.

Margarete Heinrichs verteidigt und meint, dass der Zeitdruck nicht zur Annahme des gestellten Antrags führte und erklärt außerdem, dass sich die Gruppe bei dem Präsidenten klar als Hochschulgruppe vorgestellt habe. Sie fragt den SSR, wie das weitere Vorgehen bzgl. des Antrags ist. Agnes Lasser erklärt, dass das Thema bei dem nächsten Treffen mit der Unileitung erneut angesprochen werde.

Daniel Janke ergänzt, dass nicht nur die GO der Universität geändert werden müsse, sondern auch die Wahlordnung. Sebastian Geiger erklärt außerdem, dass so eine Änderung nach einem Beschluss durch den Universitätsrat ins Ministeriums getragen werden müsse. Er wird das Thema dort ansprechen.

Im März findet die fzs-Mitgliederversammlung in Würzburg statt.

Am 25.11.2014 findet am Wittelsbacher Platz die in der letzten Sitzung der Konvents angesprochene Veranstaltung zur Verfassten Studierendenschaft statt.

Das Beschwerdeformular zur ÖPNV wurde reaktiviert und wird schon genutzt. Es ist zu finden unter: http://www.stuv.uni-wuerzburg.de/probleme/bus_ueberfuellt/ Dieses soll beworben werden.

Referat Gleichstellung:

Im Rahmen der Aktionstage *gesellschaft macht geschlecht* gab es 4 Veranstaltungen, die gut besucht waren.

Robin Schulz berichtet, dass er mit der Leiterin des ZiLS, Frau Ihls, gesprochen habe, um bzgl. der AG ZiLS nachzufragen. Diese erklärte in einer Mail, dass die AG ausgesetzt wurde.

Referat studi(o)bühne:

Die Aufführungen des Stücks „Hotel zu den zwei Welten“ waren sehr erfolgreich.

Referat Datenschutz:

Das Referat Datenschutz trifft sich am 12.11. um 18 Uhr im Cafe MUCK.

Agnes Lasser ergänzt, dass in der nächsten Woche ein Treffen mit Herrn Ullrich vom Studentenwerk stattfindet. Falls dort Themen angesprochen werden sollen, solle man sich beim SSR melden.

Landes-ASTen-Konferenz:

Isabelle Schön berichtet von der Sitzung an der TU München. Themen hier waren der Mindestlohn und nachgelagerte Studiengebühren. Außerdem gab es Neuwahlen. Neue Sprecher*innen der LAK sind Nora Weinert (TUM) und Tobias Langer (FAU). Der dritte Platz muss aus einer Hochschule besetzt werden und ist dementsprechend noch vakant.

Der Antrag aus dem Studentischen Konvent zur Kompensation der HiWi-Löhne wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Referat deutsch-polnische Freundschaft:

Die Planung für die Polen-Fahrt läuft, der Kontakt zur Studierendenvertretung aus Krakau ist aufgenommen.

Referat für die Angelegenheiten studentischer Hilfskräfte:

Es wurde eine Pressemitteilung als Reaktion zur Pressemitteilung des Wissenschaftsministeriums geschrieben.

Auf die Frage, ob eine Aufsichtspflicht für minderjährige Studierende bestünde, macht sich das Referat schlau. Außerdem wurde herausgefunden, dass hier die HiWis nicht für eventuelle Schäden haften.

Referat Barrierefrei:

Da die Leiterin des KIS aus BMBF-Mitteln finanziert wird, ist noch Geld aus Kompensationsmitteln vorhanden. Das Referat beriet darüber, wie dieses Geld sinnvoll verwendet werden könne.

Außerdem plant das Referat eine Ausarbeitung zum Thema „Barrierefreie Lehre“.

fzs:

Der Ausschuss der Studierendenschaften traf sich in Hamburg. Themen dort waren das Board-Meeting (Treffen der europäischen Studierendenvertretung) in Aserbaidschan. Belgien wird das Treffen auf Grund der dortigen Nicht-Einhaltung von Menschenrechten boykottieren. Es wurde überlegt, ob Deutschland dies auch tut. Man entschied sich gegen einen Boykott. Auf dem nächsten Treffen wird überlegt werden, wie man auf die Probleme vor Ort aufmerksam machen könne. Außerdem besuchte der AS den Zivilklausel-Kongress in Hamburg. Dort wurde auch berichtet, dass es im Januar eine Tagung in Berlin zum Thema „Zivilklausel“ geben werde, zu dem alle Studierendenschaften eingeladen sind.

Markus Frank stellt einen GO-Antrag auf elfminütige Pause im Anschluss an den TOP 8. Dem wird stattgegeben.

Pause von 21:51 Uhr bis 22:02 Uhr.

TOP 9 Anträge

a) Aussprache FSR (Fachschaftenrat)

Antragstext:

Der Studentische Konvent möge beschließen:

Die Studierendenvertretung wünscht, dass die Grundordnung der JMU Würzburg wie folgt geändert wird:

Streiche aus §45 Abs.3 Satz 5: „Eine Aussprache findet nicht statt.“

Füge nach §45 Abs.3 einen neuen Abs.4 ein: „Auf Antrag von fünf Mitgliedern des Fachschaftenrats findet eine Befragung zur Person statt. Nach deren Abschluss hat auf Verlangen von fünf Mitgliedern eine Personaldebatte stattzufinden. Personalbefragung und Debatte sind auf eine Stunde begrenzt. Sie können mit Mehrheit der Anwesenden um höchstens eine Stunde verlängert werden.“

Christian Otto stellt den Antrag vor.

Markus Frank fragt nach der Formulierung „mit Mehrheit der Anwesenden“. Daniel Janke erklärt, dass seiner Meinung nach die absolute Mehrheit gemeint sei.

Änderungsantrag von Daniel Janke:

Streiche „aus“ und „: 'Eine Aussprache findet nicht statt.' “

*Der Änderungsantrag wird von den Antragssteller*innen übernommen.*

Abstimmung zum Antrag „Aussprache FSR“:

Ja 36
Nein 0
Enthaltungen 0

Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die Studierendenvertretung wünscht, dass die Grundordnung der JMU Würzburg wie folgt geändert wird:

Streiche §45 Abs.3 Satz 5 und füge nach §45 Abs. 3 einen neuen Abs. 4 ein:

„Auf Antrag von fünf Mitgliedern des Fachschaftenrats findet eine Befragung zur Person statt. Nach deren Abschluss hat auf Verlangen von fünf Mitgliedern eine Personaldebatte stattzufinden. Personalbefragung und Debatte sind auf eine Stunde begrenzt. Sie können mit Mehrheit der Anwesenden um höchstens eine Stunde verlängert werden.“

Es wird festgestellt, dass das Umsetzen des Antrags Aufgabe des SSR ist.

**b) Kommissionsplatzvergabe
(Fachschaftsmitglieder - Erfahrung wählen)**

Antragstext:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat schreibt Plätze in allen Organen, Kommissionen, Ausschüssen u.Ä. aus sofern dies nicht in den Aufgabenbereich der Senatoren fällt. Über die Vergabe der entsprechenden Plätze entscheidet der Studentische Konvent bzw. bei in die Kompetenz des Fachschaftenrats fallenden Personalien der Fachschaftenrat.

In dringenden Fällen besetzt der SSR die entsprechenden Plätze kommissarisch. Die entsprechende Stelle ist dann sofort auszuschreiben und in der nächsten Sitzung des beschlussfassenden Gremiums zu wählen.

Die Amtszeit wird, wenn sie nicht bereits anderweitig (z.B. GO Konvent) festgelegt ist vom studentischen Konvent bei der entsprechenden Wahl festgelegt.

Margarete Heinrichs stellt den Antrag vor.

Markus Frank erklärt, dass die Formulierung in der Begründung, dass Senator*innen an Beschlüsse des Studentischen Konvents gebunden seien, falsch sei. Außerdem moniert er, dass die Antragssteller*innen nicht auf geschlechterneutrale Formulierungen achten und weist auf seinen Änderungsantrag hin.

Christian Otto wiederholt die in der letzten Sitzung angesprochenen Mängel: Delegierte, die vom Studentischen Konvent gewählt würden, seien nicht an die Beschlüsse des Konvents gebunden. Außerdem bemängelt er die Formulierungen am Ende des ersten Absatzes bzgl. des Fachschaftenrats.

Maximilian Kißner erklärt, dass die vom Konvent gewählten Personen an die Beschlüsse gebunden seien.

Daniel Janke erklärt, dass vom SSR Delegierte durch die Delegation selbst an Beschlüsse des Studentischen Konvents gebunden seien, was für die vom Studentischen Konvent gewählten Personen nicht festgelegt sei. Außerdem unterstreicht er die Aussage von Christian Otto, dass der Konvent keine Beschlüsse, die den Fachschaftenrat betreffen, fällen dürfe.

Bernhard Brück fragt, um welche Kommissionen es hier überhaupt gehe.

Sebastian Geiger erklärt, dass der Studentische Konvent bei seinen Wahlen in der ersten Sitzung lediglich Vorschläge „wählt“. Außerdem erklärt er, dass die Anwesenheit der SSR-Mitglieder in den Sitzungen für deren Arbeit sehr wichtig sei.

Maximilian Kißner beantwortet die Frage von Bernhard Brück und erklärt, dass es sich dabei um Vertreter*innen für die LAK und den fzs sowie Vertreter*innen für die Verhandlungen um das Semesterticket handele. Zusätzlich erklärt er, dass der Fachschaftenrat angeführt sei, da hier auch wichtige Gremien gewählt würden. Er schlägt vor, diese Formulierung zu streichen.

Sebastian Geiger stellt einen GO-Antrag darauf, dass der Vorsitzende des Studentische Konvents von seinem Recht des „Ordnungsrufs“ gebraucht macht, wenn Zwischenfragen keine Fragen sind. Dem wird einstimmig stattgegeben.

Katharina Treiber stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Diesem wird stattgegeben.

Markus Frank erklärt, dass dieser Antrag lediglich dazu diene, dem SSR Kompetenzen abzusprechen bzw. diesen zu entmachten.

Maximilian Kißner erläutert verschiedene Aspekte. Zum Thema Amtszeit kommt zur Sprache, dass aktuell noch Mitglieder des SSR der letzten Legislaturperiode über das Semesterticket verhandeln. Die monierte „schwammige Formulierung des Antrags“ ziele lediglich darauf ab, eventuell neu aufkommende Kommissionen ebenfalls wählen zu können und unterstreicht nochmals, dass der Antrag nicht die Kompetenzen des SSR beschneiden wolle.

Stephan Hemmerich stellt einen GO-Antrag auf geheime Abstimmung. Dieser ist automatisch angenommen. Es wird geheim abgestimmt.

Änderungsantrag 1 von Markus Frank:

Ersetze „Senatoren“ durch „SenatorInnen“

*Der Änderungsantrag wird von den Antragssteller*innen übernommen.*

Änderungsantrag 2 von Maximilian Kißner:

Streiche im ersten Absatz ab „bzw.“ bis „Fachschaftenrat.“

*Der Änderungsantrag wird von den Antragssteller*innen übernommen.*

Markus Hein und Hoang Bui stellen sich als Wahlhelfer zur Verfügung.

Abstimmung zum Antrag „Kommissionsplatzvergabe“:

Ja 13

Nein 18

Enthaltungen 4

Damit ist der Antrag abgelehnt.

**c) Mietpreisbremse
(Fachschaftsmitglieder - Erfahrung wählen)**

Antragstext:

Der Sprecherinnen- und Sprecherrat erhält vom studentischen Konvent den Auftrag, sich im Rahmen der LandesAstenKonferenz (LAK) Bayern dafür einzusetzen, dass alle Hochschulstandorte in Bayern als „Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt“ eingestuft werden und so von der kommenden „Mietpreisbremse“ profitieren können. Ziel ist es, dass alle bayerischen Studierendenvertretungen dies gemeinsam mit der LAK von der Landesregierung fordern.*

Dabei muss zwangsläufig berücksichtigt werden, dass die „Mietpreisbremse“ sicher nicht die Lösung aller Miet- und Wohnraumprobleme - insbesondere für Studierende und andere Nicht- bzw. Geringverdiener - ist und selbst zu weiteren Problemen führen könnte. Deshalb muss sozialer Wohnungsbau bzw. der Wohnungsbau für Studentinnen und Studenten vom Staat künftig besser gefördert werden. Nur so können die Wohnraumprobleme an deutschen Hochschulstandorten tatsächlich und nachhaltig bekämpft werden.

Maximilian Kißner stellt den Antrag vor.

Agnes Lasser hält den Antrag für sinnvoll, meint aber, dass es in der LAK große Diskussionen zu dem Thema geben könne, da dieses Problem wohl nicht an allen Hochschulstandorten existiere. Stephan Hemmerich meint, dass man in dem Antrag von „relevanten Hochschulstandorten“ sprechen könnte.

Robin Schulz meint, dass das Wort „relevant“ eine sehr schlechte Formulierung sei. Sebastian Geiger erklärt dazu, dass die angedachte Mietpreisbremse sowieso nur für relevante Standorte gelten würde.

Änderungsantrag 1 von Maximilian Kißner:

Ergänze vor „Hochschulstandorte“: „Im Bezug auf die Wohnungsnot relevanten“

Sebastian Geiger wünscht, dass der Änderungsantrag auf Grundlage seiner Argumentation, abgestimmt wird. Anthony Olszok schlägt vor, die Formulierung des Bundesrats mit aufzunehmen.

Margarete Heinrichs stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung des Änderungsantrags 1. Diesem wird stattgegeben.

Abstimmung zum Änderungsantrag 1:

Ja 0

Nein 18

Enthaltungen 18

Damit ist der Änderungsantrag 1 abgelehnt.

Änderungsantrag 2 von Agnes Lasser:

Ersetze „Sprecherinnen- und Sprecherrat“ durch „Sprecher- und Sprecherinnenrat“

*Der Antrag wird von den Antragssteller*innen angenommen.*

Änderungsantrag 3 von Agnes Lasser:

Ersetze „Nicht- bzw. Geringverdiener“ durch „Nicht- bzw. Geringverdiener*innen“

*Der Antrag wird von den Antragssteller*innen angenommen.*

Änderungsantrag 4 von Agnes Lasser:

Streiche „bzw. der Wohnungsbau für Studentinnen und Studenten“

Maximilian Kißner möchte diesen Antrag gerne abstimmen lassen. Markus Frank argumentiert, dass der „Blick über den Tellerrand“ sehr wichtig sei. Margarete Heinrichs meint, dass es wichtig sei, vor allem die Interessen der Studierenden zu vertreten. Stephan Hemmerich weist darauf hin, dass die Studierendenvertretung kein allgemeinpolitisches Mandat habe, sodass man lediglich auf studentische Interessen eingehen dürfe. Maximilian Kißner weist auf die Formulierung im Antrag zum sozialen Wohnungsbau hin und wünscht, dass die Formulierung erhalten bleibt.

Margarete Heinrichs stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung des Änderungsantrags 4. Dem wird stattgegeben.

Abstimmung zum Änderungsantrag 4:

Ja 11

Nein 19

Enthaltungen 5

Damit ist Änderungsantrag 4 abgelehnt.

Änderungsantrag 5 von Agnes Lasser:

Streiche „deutschen“

*Der Antrag wird von den Antragssteller*innen übernommen.*

Änderungsantrag 6 von Maximilian Kißner:

Ersetze „Studentinnen und Studenten“ durch Studierende.

*Der Antrag wird von den Antragssteller*innen übernommen.*

Änderungsantrag 7 von Maximilian Kißner:
Streiche „bzw.“ und ersetze durch „und“

*Der Antrag wird von den Antragssteller*innen übernommen.*

Christian Otto stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung des Antrags. Dem wird stattgegeben.

Abstimmung zum Antrag Mietpreisbremse:

Ja 35
Nein 0
Enthaltungen 1

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat erhält vom studentischen Konvent den Auftrag, sich im Rahmen der LandesAstenKonferenz (LAK) Bayern dafür einzusetzen, dass alle Hochschulstandorte in Bayern als „Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt“ eingestuft werden und so von der kommenden „Mietpreisbremse“ profitieren können. Ziel ist es, dass alle bayerischen Studierendenvertretungen dies gemeinsam mit der LAK von der Landesregierung fordern.

*Dabei muss zwangsläufig berücksichtigt werden, dass die „Mietpreisbremse“ sicher nicht die Lösung aller Miet- und Wohnraumprobleme - insbesondere für Studierende und andere Nicht- bzw. Geringverdiener*innen - ist und selbst zu weiteren Problemen führen könnte. Deshalb muss sozialer Wohnungsbau und der Wohnungsbau für Studierende vom Staat künftig besser gefördert werden. Nur so können die Wohnraumprobleme an Hochschulstandorten tatsächlich und nachhaltig bekämpft werden.*

**d) Semesterticket Kultur
(Fachschaftsmitglieder - Erfahrung wählen)**

Antragstext:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat (SSR) wird damit beauftragt, mit der Stadt Würzburg, insbesondere dem Kulturreferat, in Verhandlungen über ein „Semesterticket Kultur“ zu treten, das, gleich dem ÖPNV-Semesterticket, als Solidarticket auszugestalten ist. Primäres Ziel ist es, einen kostenlosen Theaterbesuch für alle Studentinnen und Studenten zu ermöglichen (ggf. ohne Recht auf Premieren, Sondervorstellungen und Gastspiele).

Bei erfolgreicher Sondierung, was impliziert, dass die Kosten pro Studierenden 1,- € pro Semester nicht überschreiten, ist das Studentenwerk für den Vertragsabschluss hinzuziehen.

Sollte keiner der am Vertrag beteiligten (binnen sinnvoller Frist, z.B. 6 Monate vor Beginn eines WS) widersprechen, soll der Vertrag automatisch zu gleichen Konditionen um ein weiteres Jahr verlängert werden. Andernfalls soll in neue Verhandlungen getreten werden, die (v.a. in Bezug auf die Kostenfrage) mit dem amtierenden studentischen Konvent abzusprechen sind.

Bereits im Vorfeld des ersten Vertragsabschlusses ist mit dem Studentenwerk (als juristischem Vertragspartner) die Abmachung zu treffen, dass bei einer entsprechenden Willensbekundung des studentischen Konvents der Vertrag nicht eigenmächtig aufrecht erhalten werden darf.

Dem SSR steht es frei, im Rahmen von Kosten im o.g. Rahmen eigenmächtig weitere kulturelle Angebote, insbesondere Museen und Konzerte, in das "Semesterticket Kultur" zu integrieren, sofern diese sich in öffentlicher Trägerschaft (z.B. Kulturspeicher) befinden. Hier kann man sich z.B. auch einen Sonderrabatt vorstellen, sollte eine gänzlich kostenlose Eintrittskarte nicht zu realisieren sein.

Die genauen Konditionen (sowie Kündigungsfristen bzw. eine automatische Vertragsverlängerung zu Semesterbeginn) werden dem studentischen Konvent vor Vertragsschluss sowie jeweils vor Ablauf einer Kündigungsfrist zur Abstimmung vorgelegt.

Katharina Treiber stellt den Antrag vor.

Markus Frank sieht die geforderten Pflichtbeiträge problematisch und vergleicht mit der Argumentation zum Thema „Pflichtbeiträge in einer Verfassten Studierendenschaft“. Maximilian Kißner sieht diese Argumentation als irrelevant und wünscht, diese Argumentation aus der Diskussion zu halten.

Stephan Hemmerich erklärt, dass dieser solidarische Beitrag positiv für alle Studierenden zu sehen ist.

Agnes Lasser erklärt, dass hier gefordert würde, dass das Studentenwerk als Vertragspartner zu sehen ist, was mit einer Verfassten Studierendenschaft unproblematischer wäre.

Maximilian Kißner stellt einen GO-Antrag auf Übergang zum Tagesordnungspunkt. Diesem wird nicht stattgegeben, da er die Meinungsfreiheit der Konventsmitglieder einschränkt.

Sebastian Geiger erklärt, dass diese Kulturtickets nur in Ländern mit einer Verfassten Studierendenschaft vorhanden seien und funktionieren. Außerdem meint er es wäre fraglich, ob das Studentenwerk ein Interesse an einem solchen Ticket habe. Außerdem weist er auf seinen gestellten Änderungsantrag hin.

Daniel Janke unterstreicht die von Agnes Lasser erklärte Problematik bzgl. des Studentenwerks als Vertragspartner. Außerdem fragt er, inwiefern die Antragssteller*innen mit dem Referat Kultur der Studierendenvertretung Kontakt aufgenommen hätten. Zuletzt unterstreicht er, dass eine Verfasste Studierendenschaft eine Solidargemeinschaft sei, weshalb der Vergleich hier angebracht wäre.

Robin Schulz bezweifelt, dass potenzielle Verhandlungspartner*innen für den Preis Angebote machen werden. Er fragt auch, wie die Antragssteller*innen auf ihre Preisvorstellung kamen.

Bernhard Brück sieht den Antrag als erste Überlegungen, nicht als festgeschriebene Tatsache.

Sebastian Geiger stellt einen GO-Antrag auf sofortige Behandlung des Änderungsantrags.

Abstimmung über den GO-Antrag von Sebastian Geiger:

Ja 14
Nein 12
Enthaltungen 10

Der GO-Antrag ist also angenommen.

Änderungsantrag 1 von Sebastian Geiger:

Streiche alles nach „auszugestalten ist.“

Streiche „mit der Stadt Würzburg, insbesondere dem Kulturreferat“

Sebastian Geiger erklärt, dass die erste Änderung dem SSR einen höheren Verhandlungsspielraum einräume. Der zweite Punkt sei vor allem wegen der Ansprechpartner*innen wichtig.

Maximilian Kißner erklärt, dass die Antragssteller*innen den Änderungsantrag nicht annehmen. Außerdem erklärt er, dass dem SSR im vorletzten Absatz genügend Freiräume eingeräumt seien. Er hält die Festlegung von Fristen für sehr wichtig und möchte es im Antrag behalten. Er meint auch, dass Herr Ullrich überhaupt keine andere Möglichkeit habe, als bei einem solchen Angebot mitzumachen.

Daniel Janke weist Maximilian Kißner auf seine unangemessene Wortwahl hin.

Abstimmung zum Änderungsantrag 1:

Ja 9
Nein 9
Enthaltungen 18

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Maximilian Kißner erklärt, dass die Antragssteller*innen im Vorherein nicht mit dem Referat Kultur der Studierendenvertretung gesprochen hätten.

Hendrik Weingärtner weist auf den sozialen Auftrag des Studentenwerks hin und meint, dass man mit dieser Tatsache einen Trumpf in der Hand hätte. Er unterstützt den Versuch eines solchen Tickets. Außerdem wünscht er, dass die Verfasste Studierendenschaft aus der Argumentation herausgenommen werde.

Margarete Heinrichs stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Dem wird stattgegeben.

Isabelle Schön weist auf den Verein „Kulturtafel e.V.“ hin, der kostenfrei Tickets an Menschen, die es sich nicht leisten können, vergibt. Sie regt an, Kontakt mit diesen aufzunehmen.

Claudia Hainthaler schlägt vor, zuerst verschiedene Gremien zu suchen und an einen Tisch zu bringen, um dann über das Thema zu reden.

Änderungsantrag 2 von Sebastian Geiger:

Streiche „mit der Stadt Würzburg, insbesondere mit dem Kulturreferat“

Füge ein nach „auszugestalten ist“: „Nach Vorlage eines Verhandlungsergebnisses ist das Konzept dem Studentischen Konvent zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Füge ein vor „Primäres Ziel“: „Begründung: Folgendes Beispielkonzept wäre möglich:“

Streiche „Begründung (ursprüngliche Version)“

Modifikationsantrag 1 von Maximilian Kißner:

Streiche „Begründung“

Sebastian Geiger nimmt diesen Modifikationsantrag 1 an.

*In dieser Form übernehmen die Antragssteller*innen den Änderungsantrag 2.*

Abstimmung zum Antrag „Semesterticket Kultur“

Ja 32

Nein 0

Enthaltungen 1

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat (SSR) wird damit beauftragt, in Verhandlungen über ein „Semesterticket Kultur“ zu treten, das, gleich dem ÖPNV-Semesterticket, als Solidarticket auszugestalten ist. Nach Vorlage eines Verhandlungsergebnisses ist das Konzept dem Studentischen Konvent zur Beschlussfassung vorzulegen.

Folgendes Konzept wäre möglich: Primäres Ziel ist es, einen kostenlosen Theaterbesuch für alle Studentinnen und Studenten zu ermöglichen (ggf. ohne Recht auf Premieren, Sondervorstellungen und Gastspiele).

Bei erfolgreicher Sondierung, was impliziert, dass die Kosten pro Studierenden 1,- € pro Semester nicht überschreiten, ist das Studentenwerk für den Vertragsabschluss hinzuziehen. Sollte keiner der am Vertrag beteiligten (binnen sinnvoller Frist, z.B. 6 Monate vor Beginn eines WS) widersprechen, soll der Vertrag automatisch zu gleichen Konditionen um ein weiteres Jahr verlängert werden. Andernfalls soll in neue Verhandlungen getreten werden, die (v.a. in Bezug auf die Kostenfrage) mit dem amtierenden studentischen Konvent abzusprechen sind.

Bereits im Vorfeld des ersten Vertragsabschlusses ist mit dem Studentenwerk (als juristischem Vertragspartner) die Abmachung zu treffen, dass bei einer entsprechenden Willensbekundung des studentischen Konvents der Vertrag nicht eigenmächtig aufrecht erhalten werden darf.

Dem SSR steht es frei, im Rahmen von Kosten im o.g. Rahmen eigenmächtig weitere kulturelle Angebote, insbesondere Museen und Konzerte, in das „Semesterticket Kultur“ zu integrieren, sofern diese sich in öffentlicher Trägerschaft (z.B. Kulturspeicher) befinden. Hier kann man sich z.B. auch einen Sonderrabatt vorstellen, sollte eine gänzlich kostenlose Eintrittskarte nicht zu realisieren sein.

Die genauen Konditionen (sowie Kündigungsfristen bzw. eine automatische Vertragsverlängerung zu Semesterbeginn) werden dem studentischen Konvent vor Vertragsschluss sowie jeweils vor Ablauf einer Kündigungsfrist zur Abstimmung vorgelegt.

Pause von 00:01 Uhr bis 00:11 Uhr.

e) keine militärische Präsenz (Juso-HSG)

Antragstext:

Der Studentische Konvent möge beschließen:

Die Studierendenvertretung lehnt die Präsenz militärischer Institutionen und Organisationen, sowie von Rüstungsfirmen auf dem Gelände der Universität Würzburg entschieden ab.

Daniel Janke stellt den Antrag vor.

Tobias Müller erklärt, dass die Bundeswehr an ihrem Stand rein zivil informiert habe. Sebastian Geiger fragt, was er mit „rein zivil“ meine. Tobias Müller erklärt, dass die Bundeswehr lediglich über z.B. Verwaltungsaufgaben informierte. Außerdem findet er es wichtig, dass alle Arbeitgeber*innen vertreten sein können, ohne die Wahlmöglichkeit der Studierenden vorher einzuschränken.

Markus Frank meint, dass die Bundeswehr nicht unmilitärisch sein könne und erinnert an die Beschlüsse des Studentischen Konvents zur Zivilklausel. Diese schließen seiner Meinung nach auch schon eine Positionierung der Studierendenvertretung mit ein.

Maximilian Kißner erklärt die grobe Struktur der Bundeswehr, die sich in die Streitkräfte und die Bundesbeamt*innen untergliedern. Daher sieht er es als richtig, dass auch die Bundeswehr auf der Messe vertreten war.

Alexander Chaves sieht einen großen Unterschied in den Formulierungen „militärische Organisationen“ und „Rüstungsfirmen“ und lehnt den Antrag ab.

Stephan Hemmerich stellt einen GO-Antrag auf sofortige Abstimmung. Es gibt Gegenrede. Daher muss über den GO-Antrag abgestimmt werden.

Abstimmung zum GO-Antrag

Ja 17

Nein 13

Enthaltungen 6

Damit ist der GO-Antrag abgenommen.

Sebastian Geiger stellt einen GO-Antrag auf geheime Abstimmung. Damit wird geheim abgestimmt.

Markus Hein und Hoang Bui bieten sich als Wahlhelfer an.

Abstimmung zum Antrag „keine militärische Präsenz“:

Ja 13
Nein 20
Enthaltungen 3

Damit ist der Antrag abgelehnt.

f) Sexismus (Juso-HSG)

Antragstext:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat wird damit beauftragt, sich gegenüber der Universitätsleitung dafür einzusetzen, an der Universität Würzburg jegliche Form und Ausprägung von Sexismus konsequent zu unterbinden. Zu beachten ist dies z.B. bei:

- *sämtlichen Veröffentlichungen seitens der Universität*
- *interner Kommunikation im Schriftverkehr*
- *Forschung und Lehre*
- *Werbung, sowohl von Internen, als auch von Externen auf universitärem Gelände*
- *sonstige kulturelle Veranstaltungen auf universitärem Gelände*

Daniel Janke stellt den Antrag vor.

Christian Otto sieht in dem Antrag auch eine Aufforderung an die Fachschaftsvertretungen, in den Fakultäten darauf zu achten. Dies hält er nicht für gut.

Stephan Hemmerich stellt einen GO-Antrag auf Rücküberweisung des Antrags an die Antragssteller*innen.

Abstimmung zum GO-Antrag

Ja 17
Nein 13
Enthaltungen 6

*Damit wird der Antrag an die Antragssteller*innen zurücküberwiesen.*

g) Positionspapier BAföG (SSR)

Antragstext:

Der Studentische Konvent möge folgendes Positionspapier beschließen:

Die Studierendenschaft der Julius-Maximilians-Universität sieht das BAföG als ein wirkungsvolles Instrument zur Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Um diesem Anspruch

weiter gerecht zu werden, ist eine umfassende Reform des BAföG unausweichlich.

Um jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, den gewünschten Bildungsweg einschlagen zu können, müssen alle Studierenden per Gesetz Anspruch auf das Breitenförderinstrument BAföG haben. Dieser Anspruch muss unabhängig von der Herkunft, dem Alter, der Dauer des Studiums und dem Einkommen der Eltern sein.

Die Studienfinanzierung durch das BAföG muss sich an der tatsächlichen Preisentwicklung orientieren und darf nicht von der Willkür einer Gesetzesnovelle abhängig sein. Deshalb spricht sich die Studierendenvertretung für eine gesetzlich verankerte, jährliche Anpassung der Förderhöhen und Bedarfssätze an die allgemeine Preisentwicklung aus.

Die Studierendenvertretung fordert, dass Menschen unabhängig von ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund ein Studium, sowie eine Aus- oder Weiterbildung ermöglicht werden muss. Dass viele Studierende neben dem Studium noch einer Nebentätigkeit nachgehen müssen, um sich überhaupt ein Studium leisten zu können, kann nur durch einen Vollzuschuss - wie er bereits im Jahr 1971 für das BAföG konzipiert wurde - verhindert werden. Um eine Überschuldung und Überbelastung der Studierenden entgegenzuwirken, muss zu diesem Konzept zurückgekehrt werden.

Zur Deckung des Bedarfes ist die durchschnittliche Förderhöhe nicht ausreichend. Solange das Konzept des Vollzuschusses nicht umgesetzt ist, fordert die Studierendenvertretung deshalb eine Anhebung der Freibeträge. Die Förderung muss sich besonderen Lebenssituationen anpassen. Eltern, welche sich für ein Studium oder eine Ausbildung entschließen, sind besonders zu fördern.

Die Lebenssituation der Studierenden kann sich während eines Semesters verändern. Dementsprechend muss es auch möglich sein, die Förderung flexibel zu erhalten. Anträge auf BAföG sollten im Laufe des Semesters gestellt und bearbeitet werden können. Eine rückwirkende Antragstellung muss wieder ermöglicht werden.

Weiter setzt sich die Studierendenvertretung für die Entbürokratisierung des BAföG ein. Hürden bei einer Erstantragsstellung müssen abgebaut werden. Länderhochschulgesetze und Hochschulen richten zunehmend mehr formelle Teilzeitstudiengänge ein - auch für beruflich Qualifizierte. Derzeit gibt es dafür keine BAföG-Förderung. Auch ein berufsbegleitendes Studium muss grundsätzlich förderungsfähig sein. Außerdem muss überprüft werden in welchen Punkten die BAföG-Förderung an die durch die Bologna-Reform geänderten Studienbedingungen angepasst werden muss. Dies betrifft unter anderem den Leistungsnachweis nach Beginn des vierten Semesters. Prinzipiell wird eine Abschaffung dieses Nachweises begrüßt,

mindestens sollen jedoch Leistungsnachweise auch bei un abgeschlossenen Modulen anerkannt werden.

Agnes Lasser stellt den Antrag vor.

Alexander Chaves kritisiert die Formulierung „unabhängig vom Einkommen der Eltern“ und hinterfragt diese. Sebastian Geiger erklärt dazu, dass diese Tatsache auch die Unabhängigkeit der Studierenden von ihren Eltern impliziert. Außerdem unterstreicht er die Eigenständigkeit der Studierenden in ihrem Studium, was ein zentraler Gedanke der Bildung sei.

Jarno Riefer verlässt die Sitzung um 00:39 Uhr und überträgt sein Stimmrecht auf Nathalie Schüler.

Maximilian Kißner unterstreicht Sebastian Geigers Ausführungen und erklärt zusätzlich, dass die festgesetzten Freibeträge für viele ein Problem darstellen. Claudia Hainthaler erklärt, dass es ein elternunabhängiges BAföG schon gibt, wenn vorher eine gewisse Zeit lange gearbeitet wurde.

Christian Otto stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Diesem wird stattgegeben.

Änderungsantrag von Maximilian Kißner:

Streiche im zweiten Absatz „, der Dauer des Studiums“ und ergänze nach „Eltern sein.“: „Jedes Erststudium soll dabei bis zum Abschluss eines konsekutiven Masterstudiums gefördert werden. Auch Studiengangwechsel dürfen kein Grund zur Einstellung der Förderung sein. Eine Überschreitung der Regelstudienzeit beim Bachelorstudium um maximal zwei Semester, beim Masterstudium maximal ein Semester soll möglich sein. Auch ein Promotionsstudium soll gefördert werden.“

Christian Otto fragt nach, wo das Lehramtsstudium einzuordnen sei. Daniel Janke fragt, ob die Formulierung bzgl. der Studiengangwechsel so sinnvoll sei.

Margarete Heinrichs ergänzt, dass auch das Medizinstudium nicht aufgeführt sei.

Stephan Hemmerich schlägt vor, für alle Staatsexamensstudiengänge eine prozentuale Mehrstudienzeit festzulegen.

Bernhard Brück schlägt eine Beschränkung der möglichen Studiengangwechsel vor.

Sebastian Geiger meint, dass nicht so genau vorgeschrieben werden solle, wie Studierende zu studieren haben.

Agnes Lasser erklärt, dass sie strikte Regelungen bzgl. der Studiendauer ablehnt.

Maximilian Kißner stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Diesem wird stattgegeben.

Christian Otto erklärt abschließend, dass er es wichtig fände, diesem Antrag zuzustimmen, da für den SSR sonst kein Mandat des Konvents vorhanden sei.

Modifikationsantrag 1 von Maximilian Kißner:

Streiche „beim Bachelorstudium“ bis „möglich sein“ und ersetze durch „Eine Überschreitung der Regelstudienzeit soll bei allen Studiengängen um 30% möglich sein.“

*Der Modifikationsantrag 1 wird von den Antragssteller*innen übernommen.*

Abstimmung zum Änderungsantrag 1:

Ja 15
Nein 16
Enthaltungen 5

Damit ist der Änderungsantrag 1 abgelehnt.

Abstimmung zum Antrag „Positionspapier BAföG“:

Ja 34
Nein 0
Enthaltungen 2

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

Die Studierendenschaft der Julius-Maximilians-Universität sieht das BAföG als ein wirkungsvolles Instrument zur Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Um diesem Anspruch weiter gerecht zu werden, ist eine umfassende Reform des BAföG unausweichlich.

Um jedem Menschen die Möglichkeit zu geben, den gewünschten Bildungsweg einschlagen zu können, müssen alle Studierenden per Gesetz Anspruch auf das Breitenförderinstrument BAföG haben. Dieser Anspruch muss unabhängig von der Herkunft, dem Alter, der Dauer des Studiums und dem Einkommen der Eltern sein.

Die Studienfinanzierung durch das BAföG muss sich an der tatsächlichen Preisentwicklung orientieren und darf nicht von der Willkür einer Gesetzesnovelle abhängig sein. Deshalb spricht sich die Studierendenvertretung für eine gesetzlich verankerte, jährliche Anpassung der Förderhöhen und Bedarfssätze an die allgemeine Preisentwicklung aus.

Die Studierendenvertretung fordert, dass Menschen unabhängig von ihrem sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund ein Studium, sowie eine Aus- oder Weiterbildung ermöglicht werden muss. Dass viele Studierende neben dem Studium noch einer Nebentätigkeit nachgehen müssen, um sich überhaupt ein Studium leisten zu können, kann nur durch einen Vollzuschuss – wie er bereits im Jahr 1971 für das BAföG konzipiert wurde – verhindert werden. Um eine Überschuldung und Überbelastung der Studierenden entgegenzuwirken, muss zu diesem Konzept zurückgekehrt werden.

Zur Deckung des Bedarfes ist die durchschnittliche Förderhöhe nicht ausreichend. Solange das Konzept des Vollzuschusses nicht umgesetzt ist, fordert die Studierendenvertretung deshalb eine Anhebung der Freibeträge. Die Förderung muss sich besonderen Lebenssituationen anpassen. Eltern, welche sich für ein Studium oder eine Ausbildung entschließen, sind besonders zu fördern.

Die Lebenssituation der Studierenden kann sich während eines Semesters verändern. Dementsprechend muss es auch möglich sein, die Förderung flexibel zu erhalten. Anträge auf BAföG sollten im Laufe des Semesters gestellt und bearbeitet werden können. Eine rückwirkende Antragstellung muss wieder ermöglicht werden.

Weiter setzt sich die Studierendenvertretung für die Entbürokratisierung des BAföG ein. Hürden bei einer Erstantragsstellung müssen abgebaut werden. Länderhochschulgesetze und Hochschulen richten zunehmend mehr formelle Teilzeitstudiengänge ein – auch für beruflich Qualifizierte. Derzeit gibt es dafür keine BAföG-Förderung. Auch ein berufsbegleitendes Studium muss grundsätzlich förderungsfähig sein. Außerdem muss überprüft werden in welchen Punkten die BAföG-Förderung an die durch die Bologna-Reform geänderten Studienbedingungen angepasst werden muss. Dies betrifft unter anderem den Leistungsnachweis nach Beginn des vierten Semesters. Prinzipiell wird eine Abschaffung dieses Nachweises begrüßt, mindestens sollen jedoch Leistungsnachweise auch bei unabgeschlossenen Modulen anerkannt werden.

h) Rechenschaftsberichte Referate GO-Änderung (SSR)

Antragstext:

Die Geschäftsordnung des Studentischen Konvents wird folgendermaßen geändert:

Ergänze §9 durch folgenden neuen Absatz 3 b, welcher zwischen § 9 Abs. 3 und § 9 Abs. 4 eingefügt wird:

„Sämtliche Referate des Studentischen Konvents legen in der ersten ordentlichen Sitzung eines jeden neu gewählten Konvents einen Rechenschaftsbericht ab. In diesem berichten sie über die Tätigkeit des Referats des letzten akademischen Jahres. Der Bericht ist schriftlich bis spätestens zwei Wochen vor der Sitzung einzureichen. Außerdem soll die Referatsleitung des letzten akademischen Jahres in der ersten ordentlichen Sitzung des studentischen Konvents anwesend sein und für Rückfragen zur Verfügung stehen. Den ReferentInnen ist darüber hinaus Gelegenheit zu geben den Bericht persönlich vorzustellen. Gab es im vorangegangenen akademischen Jahr mehrere ReferentInnen gilt dieser Absatz für jeneN AmtsinhaberIn, der/die das Amt am Ende der Legislaturperiode inne hatte.“

Robin Schulz stellt den Antrag vor.

Magdalena Stimmer verlässt die Sitzung um 01:00 Uhr und überträgt ihr Stimmrecht auf Claudia Hainthaler.

Änderungsantrag 1 von Maximilian Kißner:
Ersetze 3b durch 7 und streiche von „welcher“ bis „wird“

Abstimmung zum Änderungsantrag 1:

Ja 4
Nein 15
Enthaltungen 15

Damit ist der Änderungsantrag 1 abgelehnt.

Änderungsantrag 2 von Maximilian Kißner:

Ersetze „in der ersten ordentlichen Sitzung eines [...] ab“ durch „zum Ende ihrer Amtszeit dem neu gewählten studentischen Konvent einen Rechenschaftsbericht vor“

Abstimmung zum Änderungsantrag 2

Ja 12
Nein 8
Enthaltungen 14

Damit ist der Änderungsantrag 2 angenommen.

Änderungsantrag 3 von Maximilian Kißner:

Der zweite Satz der GO-Änderung soll wie folgt geändert werden: „In diesem berichten sie über die Tätigkeit des Referats im letzten akademischen Jahr.“

*Der Änderungsantrag wird von den Antragssteller*innen zurückgezogen.*

Änderungsantrag 4 von Maximilian Kißner:

Ergänze am Ende: „Der Bericht hat sachlich zu erfolgen und alle Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Aktionen usw. des jeweiligen Referats zu enthalten.“

Daniel Janke und Sebastian Geiger erklären, dass es nicht möglich sei, das hier geforderte zu überprüfen. Es sollte eher als Aufforderung formuliert sein. Stephan Hemmerich meint, dass der Studentische Konvent hier als Schiedsgremium fungieren müsse. Daniel Janke erklärt dazu, dass eine Rücküberweisung wahrscheinlich ergebnislos sein wird.

Maximilian Kißner stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Diesem wird stattgegeben.

Claudia Hainthaler meint, dass die Intension des Änderungsantrags wichtig ist.

Abstimmung zum Änderungsantrag 4

Ja 19
Nein 6
Enthaltungen 11

Damit ist der Änderungsantrag 4 angenommen.

Änderungsantrag 5 von Maximilian Kißner:

Ergänze am Ende: „Gleiches gilt für alle anderen Rechenschaftsberichte, die dem Studentischen Konvent vorgelegt werden.“

Robin Schulz meint, dass das in der GO an der falschen Stelle stehen würde. Außerdem hält er es nicht für praktikabel, wenn der SSR über alles genau berichten müsse.

*Die Antragssteller*innen ziehen den Änderungsantrag 5 zurück.*

Abstimmung zum Antrag „Rechenschaftsberichte Referate GO-Änderung“

Ja 36

Nein 0

Enthaltungen 0

Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die Geschäftsordnung des Studentischen Konvents wird folgendermaßen geändert:

Ergänze §9 durch folgenden neuen Absatz 3 b, welcher zwischen § Abs. 3 und §9 Abs. 4 eingefügt wird:

„Sämtliche Referate des Studentischen Konvents legen zum Ende ihrer Amtszeit dem neu gewählten studentischen Konvent einen Rechenschaftsbericht vor. In diesem berichten sie über die Tätigkeit des Referats des letzten akademischen Jahres. Der Bericht ist schriftlich bis spätestens zwei Wochen vor der Sitzung einzureichen. Außerdem soll die Referatsleitung des letzten akademischen Jahres in der ersten ordentlichen Sitzung des studentischen Konvents anwesend sein und für Rückfragen zur Verfügung stehen. Den ReferentInnen ist darüber hinaus Gelegenheit zu geben den Bericht persönlich vorzustellen. Gab es im vorangegangenen akademischen Jahr mehrere ReferentInnen gilt dieser Absatz für jeneN AmtsinhaberIn, der/die das Amt am Ende der Legislaturperiode inne hatte. Der Bericht hat sachlich zu erfolgen und alle Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Aktionen usw. des jeweiligen Referats zu enthalten.“

i) Initiativantrag AStA Bamberg e.V. Solidarisierung (SSR)

Unterstützer*innen:

Daniel Janke, Dennis Kopp, Markus Frank, Andre Löffler, Sebastian Geiger

Der Studentische Konvent befindet, dass der Initiativantrag behandelt wird.

Antragstext:

Der Studentische Konvent möge beschließen:

Die Studierendenvertretung der Universität Würzburg solidarisiert sich mit der Studierendenvertretung der Universität Bamberg sowie dem AStA Bamberg e.V., deren Mehrzweckraum „Balthasar“ Opfer eines mutwilligen Anschlags wurde. Der Sprecher- und Sprecherinnenrat wird beauftragt, dies in die Öffentlichkeit zu tragen.

Isabelle Schön stellt den Initiativantrag vor.

Abstimmung zum Initiativantrag „AStA Bamberg e.V. Solidarisierung“

Ja 35

Nein 0

Enthaltungen 0

Damit ist der Initiativantrag einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die Studierendenvertretung der Universität Würzburg solidarisiert sich mit der Studierendenvertretung der Universität Bamberg sowie dem AStA Bamberg e.V., deren Mehrzweckraum „Balthasar“ Opfer eines mutwilligen Anschlags wurde. Der Sprecher- und Sprecherinnenrat wird beauftragt, dies in die Öffentlichkeit zu tragen.

**j) Initiativantrag Geschehnisse bei der Jobmesse
(Fachschaftsvertretung Physik)**

Unterstützer*innen:

Katharina Treiber, Stephan Hemmerich, Bernhard Brück, Tobias Müller, Vladimir Markovic, Maximilian Kißner

Der Studentische Konvent befindet, dass der Initiativantrag behandelt wird.

Antragstext:

Der studentische Konvent möge beschließen:

Die Studierendenvertretung verurteilt die Geschehnisse rund um die Jobmesse „study & stay“ auf das Schärfste und distanziert sich ausdrücklich von diesen. Hierbei handelte es sich unter anderem um Vandalismus, eine unangemeldete Demonstration und tätliche Angriffe auf Aussteller der Bundeswehr.

Der SSR wird beauftragt, dies öffentlich, insbesondere nach Möglichkeit über die Medien, kund zu tun.

Tobias Müller stellt den Initiativantrag vor.

Markus Frank meint, dass der Antrag nicht sinnvoll recherchiert sei und kritisiert die Art und Weise, wie Würzburg Erleben Journalismus betreibt. Er meint auch, dass die Studierendenvertretung mit diesem Thema nichts zu tun habe.

Alexander Chaves erklärt, dass Studierende meinten die Vorfälle seien auf Grundlage der Studierendenvertretung geschehen. Markus Frank meint dazu, dass man hierauf nicht eingehen solle.

Daniel Janke erteilt einen ersten Ordnungsruf an Manuel Seitz (Gast), da eine als direkte Nachfrage gezeigte Meldung keine direkte Nachfrage war.

Julia Langner unterstreicht die Aussage von Alexander Chaves und meint, dass Stellung genommen werden muss, da von einem Straftatbestand ausgegangen wird.

Daniel Janke erteilt einen ersten Ordnungsruf an Julia Langner, da eine als direkte Nachfrage gezeigte Meldung keine direkte Nachfrage war.

Hendrik Weingärtner erklärt, dass durch diese Vorfälle der Ruf der ganzen Universität beschädigt werde. Außerdem erinnert er an die Vorkommnisse der letzten Legislaturperiode und empfiehlt die Distanzierung von den Vorfällen.

Daniel Janke erteilt einen ersten Ordnungsruf an Markus Frank, da eine als direkte Nachfrage gezeigte Meldung keine direkte Nachfrage war.

Margarete Heinrichs stellt einen GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Hierzu gibt es Gegenrede. Über den GO-Antrag muss abgestimmt werden.

Abstimmung über den GO-Antrag:

Ja 21
Nein 10
Enthaltungen 5

Damit ist die Redeliste geschlossen.

Tobias Müller erklärt, dass er es für wichtig halte, hier Stellung zu beziehen, vor allem, da gerade beschlossen wurde, Stellung zu den Bamberger Vorfällen zu nehmen.

Stephan Hemmerich meint, dass der Konvent nicht in der Verantwortung sei, über Schuld und Unschuld zu diskutieren. Ihm sei es aber wichtig, Stellung zu beziehen.

Vincent Briem erklärt, dass mittlerweile in dem Fall die Kriminalpolizei ermittele, weshalb der Konvent definitiv Stellung beziehen müsse.

Christina Hempfling meint, dass noch keine Stellungnahme kommen solle, bis exakt bekannt werde, was passiert sei.

Sebastian Geiger stellt einen GO-Antrag auf geheime Abstimmung.

Andre Löffler stellt einen Antrag auf sofortige Abstimmung des Änderungsantrags 1. Dagegen gibt es keine Gegenrede.

Daniel Janke stellt einen GO-Antrag auf 5 Minuten Pause. Dazu gibt es Gegenrede. Über den Antrag muss abgestimmt werden.

Abstimmung zum GO-Antrag

Ja 16
Nein 20
Enthaltungen 0

Damit ist der GO-Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag 1 von Markus Frank:

Streiche „Hierbei“ bis „Bundeswehr“.

Ergänze: „Die Studierendenvertretung verurteilt aufs Schärfste die Vergewaltigung unserer heiligen „Alma Mater“ durch bewaffnete Mitglieder der Militärpolizei und rügt ein derartiges Verhalten der Entwicklung unserer Studierenden Stätte und damit der friedlichen Möglichkeit zur Studierbarkeit.“

Modifikationsantrag 1 von Daniel Janke:

Streiche den zweiten Absatz.

Der Modifikationsantrag 1 wird von Markus Frank übernommen.

Abstimmung zum geänderten Änderungsantrag 1:

Ja 16
Nein 17
Enthaltungen 3

Damit ist der Änderungsantrag 1 abgelehnt.

Markus Hein und Hoang Bui stellen sich als Wahlhelfer zur Verfügung.

Abstimmung zum Initiativantrag Geschehnisse bei der Jobmesse

Ja 21
Nein 12
Enthaltungen 2
Ungültig 1

Damit ist der Initiativantrag angenommen.

Beschluss:

*Die Studierendenvertretung verurteilt die Geschehnisse rund um die Jobmesse "study&stay" auf das Schärfste und distanziert sich ausdrücklich von diesen. Hierbei handelte es sich unter anderem um Vandalismus, eine unangemeldete Demonstration und tätliche Angriffe auf Aussteller*innen der Bundeswehr.*

Der SSR wird beauftragt, dies öffentlich, insbesondere nach Möglichkeit über die Medien, kund zu tun.

*Markus Engert stellt einen Antrag auf Sprung in der Tagesordnung zu Punkt 6a.
Es gibt Gegenrede. Damit muss über den GO-Antrag abgestimmt werden.*

Abstimmung zum GO-Antrag

Ja 19
Nein 13
Enthaltungen 4

Damit wird der Punkt 6a wieder aufgegriffen.

*Markus Frank stellt einen GO-Antrag auf Vertagung und Befragung des
Rechtsbeistands zu Verfahrensfragen. Dagegen gibt es Gegenrede. Über den GO-
Antrag muss abgestimmt werden.*

Abstimmung zum GO-Antrag

Ja 20
Nein 5
Enthaltungen 11

Damit ist der GO-Antrag angenommen.

TOP 10 Sonstiges

*Tobias Müller stellt einen GO-Antrag auf Öffentlichkeit der nächsten Sitzung.
Dieser wird angenommen.*

*Christina Hempfling stellt einen GO-Antrag auf Vernichtung der Stimmzettel.
Dieser wird angenommen.*

Markus Frank zitiert einen Beschluss des Studentischen Konvents, der besagt, dass innerhalb der Studierendenvertretung alle Formulierungen geschlechtsneutral geschehen müssen. Damit moniert er die aktuelle Antragsstruktur.

Agnes Lasser erklärt dazu, dass dieses Thema auch im Referat Gleichstellung besprochen wurde. Sie erklärt, dass das Referat plant, einen Leitfaden zu diesem Thema zu erstellen.

*Stephan Hemmerich stellt einen GO-Antrag auf Ende dieser Sitzung. Dagegen
gibt es Gegenrede. Der GO-Antrag muss abgestimmt werden.*

Abstimmung zum GO-Antrag

Ja 11
Nein 14
Enthaltungen 10

Damit ist der GO-Antrag abgelehnt.

Markus Engert zitiert die GO des Studentischen Konvents, §21 (5), der besagt, dass die Besetzung der Ausschüsse im Nachhinein geändert werden könne. Da der Punkt 6a vertagt wurde, wird dieser Punkt in der nächsten Sitzung behandelt.

Rechenschaftsberichte aus dem SSR:

Es gingen dem Studentischen Konvent nur 6 Rechenschaftsberichte des letzten SSR zu, da der dringende Verdacht besteht, dass der Bericht von Stephan Hemmerich rechtswidrige Inhalte enthält und das Konventspräsidium vorab klären möchte, ob strafrechtliche Probleme entstehen könnten.

Christian Otto kritisiert die Polemik und Nicht-Objektivität in den Diskussionen der Sitzungen und wünscht hier eine Verbesserung für die Zukunft.

Daniel Janke schließt die Sitzung um 02:23 Uhr.